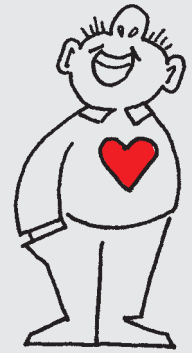


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

5 / 2009

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Wählen gehen!

Am 7. Juni 2009 ist Europawahl! Nehmen Sie Ihr Recht wahr und mit Ihrer Stimme darauf Einfluss, wie sich Europa weiterentwickeln wird.

Nutzen Sie auch hier die Möglichkeit der Briefwahl und fordern Sie Ihre Wahlunterlagen an. Informationen dazu erhalten Sie u. a. in der Geschäftsstelle des Ortsvorstandes der LINKEN, Berliner Straße 22 oder unter Tel. (0 35 62) 78 52.

Einladung

Da Umfragen behaupten, die Bürgerinnen und Bürger von Brandenburg wüssten fast nichts über die Wahl zum Europaparlament, lädt

DIE LINKE. Kreisverband Lausitz
deshalb am

12. Mai 2009

**um 18:00 Uhr in die
Gaststätte »Brandenburger Hof«
in Cottbus,
Friedrich-Ebert-Straße 33**

zu einer öffentlichen Veranstaltung
unter dem provokatorischen Titel:

**»Was geht denn mich
Europa an?«**

ein. Damit wollen wir Sachkenntnis vermitteln und für die Wahl der LINKEN werben.

Dazu spricht und diskutiert **Helmut Scholz**, Kandidat unserer Partei für die Wahl zum Europäischen Parlament.

Landtagswahl in Brandenburg – unsere Kandidaten:

Kerstin Nedoma – Gute Gründe für die Kandidatur

Auszüge aus ihrer Rede auf der Nominierungsversammlung in Guben

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

an dieser Stelle möchte ich meine Überlegungen vorstellen, die mich bewegen haben, mich darum zu bewerben, Euer Vertrauen dafür zu erhalten, dass ich die Wahlkreiskandidatin unserer Partei DIE LINKE werde.

Seit 1990 ununterbrochen in der Kommunalpolitik sind mir die Mühen und Probleme bekannt, linke Politik zu gestalten und umzusetzen. Der innerparteiliche Diskurs, das mühsame Ringen um Mehrheiten, die Einbindung außerparlamentarischer Initiativen und die Schwierigkeiten mit einem, wie auch immer ausgehandelten Kompromiss umgehen zu müssen sind mir sehr wohl vertraut. Trotz aller Widrigkeiten sehe ich keine Alternative zu einer starken linken Kraft auf allen Ebenen der demokratischen Mitbestimmung. Keine Partei oder Gruppierung geht so offensiv und ehrlich an die gesellschaftlichen Probleme der Gesellschaft heran wie DIE LINKE.

Ich möchte dieses an einem Beispiel verdeutlichen, was beredter nicht sein könnte. Heute ist nicht nur unsere Nominierungsversammlung und unser hoffentlich noch siegreiches Spiel des FCE gegen Werder Bremen; heute am 21. Februar ist auch der Tag der Muttersprache. Vor 10 Jahren von der UNESCO eingeführt, um daran zu erinnern, dass von den ca. 6000 Sprachen der Erde 2000 vom Aussterben bedroht sind, darunter auch die bei uns beheimatete sorbische Sprache. Ich möchte jetzt keinen Sprachkurs, z. B. zum Für und Wider der Anglizismen starten, so interessant dies auch sein mag. Vielmehr möchte ich Euren Blick darauf lenken, wie die deutsche Sprache, vor allem in den letzten Tagen für uns gewohnte Begriffe wieder gefunden hat. Nun wird auf einmal in voller Selbstverständlichkeit von Verstaatlichung, Staatsbe-

trieben, Zuschüssen und Beihilfen für Betriebe gesprochen. Die letzte Talkrunde bei Anne Will hatte sogar den Titel »Volkseigene Kombinate«. Die gleichen Leute, die uns vor fast 20 Jahren erklärt haben, dass die DDR unter anderem genau an diesen Punkten gescheitert ist, erklären diese nun zum Rettungsanker der Marktwirtschaft.

Vor einigen Jahren hat der damalige Vizevorsitzende der PDS, Dieter Dehm, die Verstaatlichung der Banken gefordert – das war fast ein Anlass, um die PDS komplett unter Beobachtung des Verfassungsschutzes zu stellen.

Eines hat diese Krise in Brandenburg, die vor allem die Arbeitnehmer/-innen und Kleinunternehmer am meisten treffen wird, in erschreckendem Maße gezeigt: Die Ignoranz der Regierenden zu erkennen, dass die Probleme struktureller Art sind und nicht nur auf einzelne, jetzt als fehlgeleitete Manager hingestellte, Personen zurückzuführen sind.

Die katastrophalen Folgen dieser Landespolitik konnten wir in den vergangenen Tagen zur Kenntnis nehmen: Brandenburg ist das ärmste Bundesland! Unser Wahlkreis ist davon besonders stark betroffen, wie man am Einkommensgefüge, an der Abwanderung und an der Zahl der Hilfebedürftigen erkennen kann. Diese Entwicklung darf so nicht weitergehen. Dazu muss diese beratungsresistente Regierung abgewählt werden. Denn notwendig ist nicht ein Weiterwursteln – Marke »Wir werden mal sehen, was da so kommt«, sondern es bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes zur Verbesserung der Lebenssituation aller Menschen in unserem Land. ➤ S. 2



Schorschels Stadtgeflüster

Hällöchen, liebe Malxe-Blatt-Fans, ich sitze neulich gemütlich beim Frühstück, nehme eine Zeitung zur Hand, will sie lesen und erstarre: Von 12 Fotos dieses Blattes blickt mich immer die gleiche Person an!

Nein, nein, nicht, was ihr jetzt denkt, es ist nicht das ND von 1988, sondern ein echtes Spree-Neiße-Printmedium. Vielleicht, so denke ich nach dem ersten Schock, ist das eine Art Casting für die „Deutschland-sucht-den-Superstar-Show“ und der in sich selbst verliebte Möchtegern-Star versucht, sein Ziel durch ein Fotoshooting zu erreichen?! Egal, wir lassen uns davon nicht beeindrucken, sondern hoffen weiter auf einen Lottogewinn, um uns endlich ein Pferd kaufen zu können, denn schließlich ist Forst schon immer eine ausgesprochene Pferdestadt, und wenn man Neustadt/Dosse hört, denkt man ja auch sofort an Fahrräder! Dass allerdings das Stadion am Wasserturm ein Golfplatz werden soll, weil jeder zweite Forster Golf spielt, ist sicherlich nur ein Gerücht oder?!

Tschüss! Euer Schorschel

Kerstin Nedoma ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Auf diesem Wege kann ich mich in vielen Bereichen einbringen.

Durch meine Tätigkeit als Lehrerin, Sonderpädagogin, Fachseminarleiterin am Studienseminar und als stellvertretende Landesvorsitzende des Gewerkschafts-Ausschusses für interkulturelle Angelegenheiten ist mir der Sektor Bildungspolitik aus den verschiedensten Blickwinkeln vertraut.

Umfangreiche Erfahrungen besitze ich auf dem Gebiet der Frauen- und Gleichstellungspolitik durch meine 18-jährige ehrenamtliche Tätigkeit als Vorsitzende des Frauen Centrum Guben e. V. und damit einhergehend als Leiterin des Gubener Frauenhauses.

Durch meine Mitgliedschaft im Verband der Polen »Nadodrze« und im deutsch-polnischen Frauenverein »Nysa« habe ich auch eine besondere Beziehung zu unserem Nachbarstaat Polen.

Wichtigstes Instrumentarium aller Politik, egal ob auf der Gemeinde- oder Landesebene, ist der Haushaltsplan. Leider ist es vielen Bürger/-innen nicht bekannt, dass mit diesem Plan Entscheidungen getroffen und Entwicklungen programmiert werden. Genau aus diesem Grund ist Transparenz und Aufklä-

rung notwendig. Die vielschichtige Arbeit mit den kreislichen und städtischen Haushaltsplänen und die Auseinandersetzungen mit den Verwaltungen und anderen Abgeordneten haben dazu geführt, dass die Finanzpolitik eines meiner Hauptaufgabengebiete geworden ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, »Mit Gedanken schlägt man keine Fenster ein«, sagt ein altes Sprichwort.

Ich würde sagen, wenn ein Gedanke wirklich gut ist, wenn er so gut ist, dass er einschlägt, dann öffnen sich alle Fenster und Türen von selbst. Innovative Ideen und Gedanken, deren Zeit gekommen ist, haben eine größere Durchschlagskraft, als manche denken.

Die Zeit ist gekommen, unsere Idee einer menschlicheren, solidarischen Gesellschaft noch stärker als bisher in der Brandenburger Landespolitik voranzutreiben.

Dazu bedarf es einer Vielzahl von linken Abgeordneten aus allen Regionen unseres Landes.

Ich bitte Euch heute um Euer Vertrauen, dass ich im Wahlkreis 41 für unsere Partei DIE LINKE antreten darf, verbunden mit der Hoffnung, dass ich auf Eure Unterstützung im Wahlkampf zählen kann.

Danke.

Pauschalangebot – Fluch oder Segen?!



Pauschalangebote sind beliebt, machen sie doch den Eindruck, besonders preiswert zu sein. Zwar werben viele Reiseanbieter mit solchen Angeboten, aber

nicht immer sind es Angebote, bei denen das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt.

Man muss also sehr genau hinschauen – nicht nur bei den Reiseanbietern!

Auch der Kreis als Träger der örtlichen Jugendhilfe hat mit der Stadt ein solches Pauschalangebot vereinbart.

Dieses Angebot heißt, für jedes Kind von 0 bis 12 Jahre werden 1.440 Euro/pro Kind an die Stadt bezahlt. Bei einer derzeitigen Anzahl von 1.771 Kindern in der Stadt sind das stattliche 2,55 Millionen Euro. Eine ganze Menge Geld.

Nach dem Kindertagesstättengesetz (KitaG) sind 84 % der Personalkosten einer Kindertagesstätte vom Landkreis zu bezahlen. Dabei wird vom notwendigen Personal entsprechend der Belegung der Kindereinrichtung ausgegangen.

Und jetzt kommt die besagte Pauschale ins Spiel. Die Stadt verteilt das Geld entsprechend der Belegung der Kindertagesstätten. Aber einige Kindertagesstätten müssen feststellen, dass diese Pauschale nicht, wie vom Gesetz verlangt, die 84 % der Personalkosten deckt.

Viele Einrichtungen liegen ca. 10 % unter diesem Satz.

Die Frage ist nun, was macht man mit einer Vereinbarung, die nicht die gesetzlichen Vorgaben erfüllt? Man kündigt diese bzw. verhandelt die Vereinbarung

neu und kann nur hoffen, dass dann ein annehmbares Pauschalangebot zustande kommt, damit nicht die Stadt mit ihren raren Mitteln die entstehenden finanziellen Lücken schließen muss, wie es zurzeit geschieht.

Anke Schwarzenberg
Stadtverordnete



Der Bundesgeschäftsführer meint Presseerklärungen von Dietmar Bartsch zu aktuellen Themen

**Wettlauf der Populisten
Überbietungswettkampf von Union
und SPD bei Wahlversprechen. Dazu
erklärt der Bundesgeschäftsführer
der Partei DIE LINKE, Dietmar
Bartsch:**

Union und SPD überbieten sich derzeit mit wohlfeilen Vorschlägen. Beinahe täglich findet sich ein anderer Vorschlag der SPD im Blätterwald und langsam wird es absurd. Der Vorschlag Lohnsteuerbonus ist weit davon entfernt, durchdacht zu sein und noch weiter entfernt von Steuergerechtigkeit.

Die CDU startet nordrhein-westfälisch einen Testballon mit der Forderung nach einem höheren Selbstbehalt bei Hartz-

IV-Empfängern, die bundespolitisch aufgegriffen wird. Die Forderung ist richtig und es erfreut, dass es bei der Union offensichtlich noch Stimmen gibt, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit realen Zukunftsängsten sprechen.

Der Wettlauf der Populisten hat dennoch Methode: Gegenwärtig wird Klientelpolitik betrieben. Ob Ostdeutsche, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne weitere Einkommen, Geringverdienende, Hartz-IV-Empfänger – vermeintlich jede Gruppe in der Gesellschaft darf kurz in den Focus des großkoalitionären Interesses rücken.

Der Wettlauf bis zur Wahl lähmt zunehmend die Politik im Land.

1. Mai: Maifeier und Eröffnung der Rosengartensaison!?

Eigentlich sollte sich daraus kein Problem ergeben, aber da beide Veranstaltungen zeitgleich begannen, standen viele Bürger vor der Qual der Wahl.

Die Eröffnung der Rosengartensaison ist nun mal keine Privatangelegenheit, sondern ein wichtiges kulturelles Ereignis in unserer Stadt, aber auch die Maifeiern, die in diesem Jahr unter dem Motto »Ar-



Der 1. Mai 2009 in Forst:
Autokorso der
LINKEN hat
Tradition ...



... und viele interessierte Forster am Infostand.

beit für alle bei fairem Lohn« standen, sind nicht nur in Anbetracht der Wirtschaftskrise und Finanzkrise besonders bedeutungsvoll für alle

Bürger. Gemeinsam müssen wir verhindern, dass die Arbeitgeber die Krise zum Lohndumping nutzen. Die Forderungen nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 8 Euro, der in schnellen Schritten auf 10 Euro ansteigen soll, die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II auf 500 Euro und nicht zuletzt die Forderung, die alte Rentenformel wieder einzuführen, um Armut im Alter zu verhindern, geht alle an. Auf eine zeitliche Trennung beider Veranstaltungen muss also in Zukunft unbedingt geachtet werden.

Anke Schwarzenberg,
Ortsvorsitzende

Ein Bekenntnis ist gefragt



Der geplante Kreisel am Wasserturm bewegt die Gemüter vieler Bürger unserer Stadt. Lange Zeit sah es so aus, als würden sie sich

nicht dafür interessieren. Dies ist jetzt völlig anders. Überall wird diskutiert, und es scheint so, als ob die Front derjenigen, die den Kreisel ablehnen, ständig wächst. Äußerungen pro Kreisel sind jedenfalls sehr selten zu vernehmen. Das Landesstraßenbauamt will ab September 2009 bauen, und nach Aussagen der Verwaltungsspitze ist bereits alles so vorbereitet, dass der Bau nicht mehr gestoppt werden kann.

Wer aber hat das entschieden? Die Stadtverordnetenversammlung hat bis zum heutigen Tag keinen entsprechenden Beschluss gefasst und die Stadtverwaltung kann wohl kaum ein so weit reichendes Bauvorhaben allein entscheiden – oder?! Es gibt viele gute Gründe, die gegen den Kreisel sprechen. In unserer Fraktion z.B. kennt niemand eine ähnliche Verkehrsanlage in ganz Deutschland. Ein Kreisel, der in einen Bahnübergang mündet, ist mit Sicherheit eine Seltenheit. Auch die nun neu entstehenden Verkehrsprobleme sind in den letzten Tagen und Wochen reichlich benannt worden, und als Unfallschwerpunkt kann man den derzeitigen Kreuzungsbereich auch kaum bezeichnen.

In einer solchen Situation sind die Stadtverordneten gefragt. Wir haben die Pflicht, eine Entscheidung zu fällen. Aus diesem Grund hat unsere Fraktion einen Antrag für die nächste Sitzung der SVV

eingebraucht. Wir fordern das Brandenburgische Straßenbauamt auf, die Baumaßnahme nicht durchzuführen, und wollen den Bürgermeister beauftragen, entsprechende Gespräche mit dem Land zu führen. Eine sinnvollere Verkehrslösung muss entstehen, wobei wir die jetzige Verkehrsführung nicht einmal für die schlechteste Variante halten. Es kann nicht das Ziel von Straßenbaumaßnahmen sein, den Verkehr schrittweise zum Stillstand zu bringen.

Mit der Entscheidung in der SVV hat jeder Abgeordnete die Möglichkeit, sich für oder gegen diesen Bau zu entscheiden. Sollte eine Mehrheit für den Kreisel stimmen, gäbe es dann auch eine Legitimation für diesen Bau. Wir hoffen jedoch auf eine Entscheidung gegen den Kreisel. Dies ist keine politische Frage, sondern ein Bekenntnis in der Sache. Die Meinungen der Bürger unserer Stadt müssen dabei eine wichtige Rolle spielen. Wir schaffen hier Tatsachen für die nächsten Jahrzehnte, und wenn von den heutigen Stadtverordneten längst keiner mehr im Stadtparlament sitzt, werden sich die Einwohner unserer Stadt immer noch mit dem Kreisverkehr herumärgern. Wir sollten in besserer Erinnerung bleiben! **Ingo Paeschke, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der SVV**

Spruch des Monats

»Wer keine Entscheidungen trifft,
wird von Entscheidungen getroffen.«

Willy Meurer

LESERZUSCHRIFT:

Forster Blüenträume

Was sind die Menschen alle froh,
dass Frühling ist im Lande.
Im Garten schafft man sowieso,
manch Schwätzchen kommt zustande.

Doch manches trübt die schöne Zeit,
das ist doch nicht zu glauben,
der Dreck im Städtchen weit und breit
möchte uns die Nerven rauben.

Die Promenade ist sehr schön,
mit Blumen zart und bunt,
doch kann man hier viel Säufer seh'n
und manche mit 'nem Hund.

Der Anblick stört den Bürger sehr,
er möchte gern verweilen.
Doch Unrat, Flaschen und Papier
ihm kräftig das verleiden.

Viel Kräfte hat so mancher Mann,
er zeigt das ungeniert,
da werden Container abgebrannt
und Lampen demoliert.

Wie schön könnt' unsere Stadt doch sein,
gäb's nicht so viele Laffen.
Statt zu zerstör'n, wär' es doch fein,
was Gutes mal zu schaffen.

Die Hilfe kommt vom Ordnungsamt
mit zwei geschulten Männern.
Sie greifen durch mit harter Hand –
ob sie vielleicht was ändern?

Zum Schluss bleibt uns noch die Moral,
was lehrt uns die Geschichte,
Unordnung ist uns eine Qual,
d'rum stoppt die Bösewichte!

R. Bräuer

Newsletter

Telefonüberwachung – treffsicher und preiswerter

Laut Staatssekretär Peter Altmaier soll das Bundesverwaltungsamt technisch für eine effektivere Telefonüberwachung hochgerüstet werden. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Damit mausert sich das Bundesverwaltungsamt zu einem Neben-Geheimdienst. Bis 2010 soll es mit modernster Abhörtechnik ausgestattet werden. Dadurch würde sich zugleich die Marktstellung der Sicherheitsbehörden des Bundes bei »der Beschaffung neuerer und leistungsfähigerer Technik« erhöhen, heißt es in einem Schreiben des Innenministeriums an den Bundestag. Wörtlich weiter: »die Vereinbarkeit von Ermittlungsinteressen und Kernbereichsschutz durch sequentielle Löschung wird unter den Aspekten modernster Technik, gebündelter Marktstellung und Koordination der Weiterentwicklung der Telekommunikationsüberwachung gefördert«. Wem das zu kompliziert klingt: Die Telefonüberwachung der Bürgerinnen und Bürger von Staats wegen soll treffsicherer und preiswerter werden.

Links wirkt: SPD will nun doch Abwrackprämie für Hartz-IV-Bezieher

Dass die SPD jetzt fordert, Hartz-IV-Beziehern den Zugriff auf die Abwrackprämie zu ermöglichen, obwohl sie genau das noch Ende März im Bundestag abgelehnt hat, hat einen einzigen Grund: Druck von links. Es ist inzwischen überdeutlich: Je näher die Bundestagswahl rückt, desto größer wird im Willy-Brandt-Haus die Angst, am 27. September die Quittung für die unsoziale Politik der letzten Jahre zu erhalten. Und desto öfter übernehmen die Sozialdemokraten Forderungen der LINKEN.

Klaus Ernst,
stellv. Fraktionsvors. der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Rentenanpassung 2009: Wahlgeschenk mit kurzer Halbwertszeit

»Die Rentenerhöhung 2009 ist ein Wahlgeschenk mit kurzer Halbwertszeit. Was in diesem Jahr draufgepackt wird, holt sich die Bundesregierung in den kommenden Jahren wieder zurück. Den Rentnerinnen und Rentnern in Ost und West drohen dann wieder auf Jahre hinaus Nullrunden«, erklärt Volker Schneider anlässlich der am 22. April 2009 vom Kabinett beschlossenen Rentenerhöhung.

Volker Schneider,
Rentenpolit. Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

PINNWAND

Termine

(jeweils 18:30 Uhr in der Geschäftsstelle Berliner Str. 22)
Di., 12.05.: **Fraktionssitzung SVV**
Di., 19.05.: **Ortsvorstandssitzung**
Mo., 08.06.: **AG »Malxe-Blatt«**

Serienirrtum

Kürzlich sah ich bei einer Demonstration zwei Transparente von Globalisierungsgegnern. Auf dem einen stand: »Wir bezahlen die Krise nicht!« und auf dem andern: »Der Kapitalismus ist tot.« Zwei Irrtümer auf engstem Raum! *Wolfgang Mocker*

Achtung vormerken!

Mitgliederversammlung
am **16. Juni 2009**,
um 18.30 Uhr

Gast:
Wolfgang Nešković,
Direktkandidat für die Wahl
zum Bundestag im Wahlkreis 65

Thema:
Diskussion zum
Bundestagswahlprogramm

Rechtsberatung zu Hartz IV

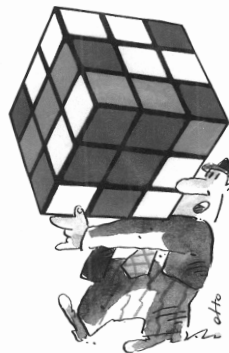
RA Michael Elte berät am **18.05. und 15.06.09**, ab 10 Uhr
in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22
Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich
jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.
Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 €.

Geburtstage

12.05.: 60 Jahre, Genn. Anita Konzack
13.05.: 90 Jahre, Genn. Elisabeth David
20.05.: 78 Jahre, Gen. Hans-Joachim Lapuhs
23.05.: 63 Jahre, Gen. Horst Beier
29.05.: 63 Jahre, Genn. Elke Krätsch
10.06.: 66 Jahre, Gen. Erhard Kunick
14.06.: 83 Jahre, Genn. Johanna Kubisch in Jocksdorf

Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!

Wir stellen vor:
Ein neues Konjunkturpaket!



Aus Eulenspiegel Nr. 5/09

Info-Tipp
16. Mai 09
Landes-
parteitag
in
Blossin

Klischee-Witz Nr. 104

Nach Angaben der Bundesregierung gehen immer weniger Beamte früher in den Ruhestand. Den meisten von ihnen ist es zu Hause einfach zu stressig. **MK**

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.